

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis: M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postämter. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.  
Expedition und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die vierspaltige Postzelle oder deren Raum 1 M.  
Verzinsungsanzahl, en und Arbeitervermittlungen 30 Pf.  
Veranstaltungsanzeigen 30 Pf.

## Die Nationalversammlung.

Nach einer Agitation, die bisher in Deutschland ganz unbefangene Formen angenommen hatte, sind am 19. Januar die Abgeordneten zur verfassunggebenden Nationalversammlung gewählt worden. Die lebhafteste Propaganda, die von allen Seiten entfaltet wurde, hat eine sehr starke Beteiligung zur Folge gehabt, doch liegen genaue Zahlen über die Wahlbeteiligung noch nicht vor. Das Wahlergebnis hat den Kreis der Wähler so weit gezogen wie irgend denkbar. Alle männlichen und weiblichen Deutschen vom vollendeten 20. Lebensjahr an dürften das Wahlrecht ausüben. Das eingeführte Verhältniswahlrecht ließ auch die Minderheiten zur Geltung kommen. Noch mehr: das angewandte System der Verhältniswahl mit der Zulassung verbundener Listen erwies sich sogar den schwächeren, rechtsstehenden Parteien, die ihre Listen vielfach verbunden hatten, als besonders günstig. Die Listenverbindung hat es in manchen Fällen zur Folge gebracht, daß eine Partei mit geringerer Stimmenzahl mehr Mandate erhielt als eine andere mit größerer Stimmenzahl, die allein vorging. Trotz dieser Schönheitsfehler kann aber gesagt werden, daß das Wahlergebnis der Ausdruck des wahren Volkswillens ist.

Mit der alten Reichsherrschaft, die am 9. November zusammengebrochen ist, haben auch die alten bürgerlichen Parteien aufgehört zu existieren. In dem Gefühl, daß sie in dem alten Gewand keine Anziehungskraft mehr ausüben können, haben sie sich neue Namen beigelegt. Man hat in Deutschland nur noch „Volksparteien“, und es verursacht einige Mühe, die Namen der neuen Parteien auseinander zu halten. Die Fortschrittliche Volkspartei hat sich mit dem linken Flügel der Nationalliberalen zusammengeschlossen zur „Demokratischen Volkspartei“. Der rechte Flügel der Nationalliberalen führt jetzt den Namen „Deutsche Volkspartei“. Das alte Zentrum ist unter der neuen Firma „Christliche Volkspartei“ leichter wiederzuerkennen. Die Konservativen mit ihrem christlich-sozialen und antisemitischen Anhang nennen sich jetzt „Deutsche nationale Volkspartei“.

Das Wahlergebnis hat das gesamte Reichsgebiet in 38 Wahlkreise eingeteilt, die insgesamt 433 Abgeordnete zu wählen haben. Da das unter französischer Besetzung stehende Elsaß-Lothringen, auf welches 12 Abgeordnete entfallen, sich nicht an der Wahl beteiligen durfte, wird die Nationalversammlung aus 421 Abgeordneten bestehen. In einer am 23. Januar ausgearbeiteten Sondernummer des „Reichsanzeigers“ sind die vorläufigen Ergebnisse zusammengestellt; es fehlen nur noch die Berichte aus der Pfalz, wo 6 Abgeordnete zu wählen sind. Hiernach verteilen sich die Mandate auf die einzelnen Parteien in folgender Weise:

Deutschnationale Volkspartei	40
Deutsche Volkspartei	17
Christliche Volkspartei	61
Deutsche demokratische Volkspartei	71
Sozialdemokratische Partei	163
Unabhängige sozialdemokratische Partei	22
Bayerische Volkspartei	16
Bayerische Mittelpartei und Nationalliberale Partei	1
Deutsche Volkspartei in Bayern	4
Bayerischer Bauernbund	4
Württembergische Bürgerpartei und württl. Bauern- und Weingärtnerbund	2
Katholische Volkspartei (Oppeln)	3
Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie	1
Frankenwälder Landeswahlverband	1
Deutsch-Hannoversche Partei	4
<b>Zusammen</b>	<b>415</b>

Von den am Schluß genannten kleinen Parteien dürften die „Bayerische Volkspartei“ und die „Katholische Volkspartei“ der „Christlichen Volkspartei“ zuzurechnen sein. Damit würde diese Partei auf 85 Mandate anwachsen. Die „Deutsche demokratische Partei“ steigt durch Zutritt der 4 Mandate der „Deutschen Volkspartei in Bayern“ auf 75. Während die zwei Mandate der „Württembergischen Bürgerpartei“ der „Deutschnationalen Volkspartei“ zugerechnet werden können. — Nachträglich ist auch das Resultat aus der Pfalz bekanntgeworden. Dort erhält die Deutsche Volkspartei 1 Sitz (zusammen also 18), die Bayerische Volkspartei 2 (damit steigt die Christliche Volkspartei auf 87), die Demokratische Partei 1 (zusammen 78) und die Sozialdemokratische Partei 2 (zusammen 165). Es ist möglich, daß diese Zahlen noch eine Veränderung erfahren.

Die weitaus stärkste Partei in der Nationalversammlung wird die Sozialdemokratische Partei sein. Da aber die absolute Mehrheit 211 beträgt, wird sie auch mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei keine Mehrheit bilden können. Eine Alleinherrschaft der Sozialdemokratie ist also unmöglich.

Es ist jetzt mühsam, Betrachtungen darüber anzustellen, ob und unter welchen Umständen eine sozialdemokratische Mehrheit zu erzielen gewesen wäre. In der Tat hätte ein früherer Wahltermin, als die Begeisterung über die errungene Freiheit noch stärker in den Herzen nachglühte, ein der Sozial-

demokratie günstigeres Ergebnis gezeitigt. Unbestreitbar haben die Spartakusputzche manchen Schwankenden in das bürgerliche Lager zurückgetrieben, und sicher hat auch der zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien geführte Kampf in dem gleichen Sinn gewirkt. Man darf aber bezweifeln, ob es der Sozialdemokratie zum Vorteil gereicht hätte, wenn sie, gestützt auf eine schwache Mehrheit, genötigt gewesen wäre, allein die Gewalt zu übernehmen. Jetzt stehen die Dinge so, daß ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie in die Minderheit bringen würde. Dieser Fall wird aber nicht eintreten. Zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und den Parteien rechts von ihr besteht ein so tiefgehender Gegensatz, daß ein dauerndes Zusammenarbeiten völlig ausgeschlossen ist. Im neuen Deutschland wird eine aus Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten zusammengesetzte Mehrheit die Richtung der Politik bestimmen.

Die Sozialdemokratie will in gleicher Weise demokratisch wie sozialistisch wirken. Die Wahl der Nationalversammlung soll die Epoche der sozialistischen Revolution nicht abschließen. Aufgabe der Volksvertretung ist es, die revolutionären Errungenschaften zu legalisieren und die Revolution fortzuführen. Betrachtet man nur die Zahl der von den einzelnen Parteien errungenen Mandate, die Tatsache, daß einer bürgerlichen Mehrheit eine sozialdemokratische Minderheit gegenübersteht, dann könnte man daraus schließen, daß der Sozialismus unüberwindliche Schwierigkeiten zu überwinden haben wird. Aber so liegen die Dinge doch nicht. Bilden die Sozialisten auch eine Minderheit, so ist diese doch so stark, daß sie nirgends ausgeschaltet werden kann. Die Revolution hat auch die bürgerlichen Parteien revolutioniert. Gewiß werden in der Nationalversammlung auch Urrationalitäten alten Schlages sitzen, aber sie sind zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die Parteien als solche lehnen nicht mit veränderten Namen, sondern auch mit neuen Programmen zurück. Aber das berührt uns weniger. Die einzige Partei, die für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung mit der Sozialdemokratie in Betracht kommt, ist die Deutschnationale Partei, und in dieser Koalition wird die Sozialdemokratie im wesentlichen die Richtung bestimmen. Wir brauchen also nicht zu befürchten, daß die Errungenschaften der Revolution durch die Nationalversammlung nach rückwärts revidiert werden, sondern dürfen im Gegenteil hoffen, daß das Schwergewicht der Sozialdemokratie die deutsche Politik auch weiter ausschlaggebend beeinflussen wird.

Die Nationalversammlung ist auf den 6. Februar nach Weimar einberufen worden. In diesem stillen Städtchen soll sie, ungestört von dem Lärm der Straße, ihre Arbeit verrichten. Ihre wichtigste, vermutlich einzige Aufgabe wird die Schaffung einer Reichsverfassung sein. Hierfür wurde im „Reichsanzeiger“ ein vom Staatssekretär des Innern Dr. Preuß ausgearbeiteter Entwurf veröffentlicht, von dem es aber heißt, daß es sich bei ihm nicht sowohl um eine Regierungsvorlage, als vielmehr um unverändertes Material handelt, das der Volksvertretung vorgelegt wird.

Das wichtigste Stück der Verfassungsvorlage ist die durch sie angestrebte Aufteilung Preußens. Die glatte Beseitigung der bundesstaatlichen Zerstückelung und die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates erweist sich auch jetzt als unmöglich, der Entwurf betrachtet aber den Fortbestand eines einheitlichen Bundesstaates mit 40 Millionen Einwohnern innerhalb des Deutschen Reiches mit 70 Millionen schlechthin als eine staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit. Preußen soll also zerlegt, dafür aber die kleinen Bundesstaaten verschmolzen werden. Das wird natürlich im Verfassungsentwurf nicht deutlich ausgesprochen, sondern es wird dem deutschen Volk das Recht eingeräumt, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reiches zu errichten. Solche neu errichteten Freistaaten sollen mindestens 2 Millionen Einwohner umfassen.

Der Verfassungsentwurf stellt an die Spitze der deutschen Republik den Reichspräsidenten, der durch Volkswahl mit absoluter Mehrheit gewählt wird. Seine Amtsdauer beträgt 7 Jahre; er kann aber vorher auf Antrag des Reichstages durch Volksabstimmung abgesetzt werden. Der Reichspräsident ernannt den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Diese bedürfen des Vertrauens des Reichstages und müssen zurücktreten, wenn ihnen das Volkshaus das Vertrauen entzieht. Die Verantwortlichkeit der Reichsminister und auch des Reichspräsidenten ist wirksam gemacht durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der bei Bedarf zusammentritt.

Die Gesetzgebung im Reich wird ausgeübt durch den Reichstag, der sich in das Volkshaus und das Staatenhaus gliedert. Das Volkshaus wird einheitlich vom ganzen deutschen Volk gewählt. Ebenfalls wählen die einzelnen Bundesstaaten ihre Volksvertretungen nach einem freiesten Wahlrecht. Die Landtage der Bundesstaaten wählen nur das Staatenhaus, wobei auf eine Million Landesbewohner ein Abgeordneter entfällt, doch darf im Staaten-

haus kein Bundesstaat durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten vertreten sein. Der Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung sollen nicht nur die bisherigen, sondern auch viele Gebiete unterliegen, die bisher der Landesgesetzgebung vorbehalten waren, z. B. das gesamte öffentliche Verkehrswesen einschließlich der Eisenbahnen, das Gesundheitswesen, Versicherungswesen, Kirche und Schule usw. Die Bedeutung der Landesgesetzgebung wird dadurch zugunsten der Reichsgesetzgebung stark herabgedrückt. Uebrigens erhält auch die Reichsregierung die erforderlichen Machtmittel, um die Durchführung der Reichsgesetze in allen Bundesstaaten zu sichern.

Das vorgesehene Staatenhaus soll gewissermaßen an die Stelle des Bundesrats treten. Während aber dieser eine Vertretung der Landesfürsten war, deren Mitglieder nach der ihnen gewordenen Instruktion abstimmen, sind die Mitglieder des Staatenhauses in ihren Entschlüssen frei. Das Staatenhaus selbst gilt als eine Vertretung der einzelstaatlichen Landtage, die so an der Reichsgesetzgebung mit beteiligt werden. Die Wahlperiode für beide Häuser des Reichstages beträgt drei Jahre. Für das Zustandekommen eines Gesetzes sind übereinstimmende Beschlüsse beider Häuser des Reichstages erforderlich. Sind solche nicht zu erzielen, dann kann der Reichspräsident zur Auflösung schreiten, er kann aber auch eine Volksabstimmung über die strittige Frage vornehmen.

Das sind die wichtigsten Grundgedanken des Verfassungsentwurfs, der der Nationalversammlung in Weimar vorliegen wird. Daß die Nationalversammlung sich mit überwältigender Mehrheit auf den Boden der Republik stellen wird, unterliegt keinem Zweifel, wenn ihr auch nicht wenige Männer angehören, die es noch vor wenigen Monaten mit Entrüstung zurückgewiesen hätten, wenn man ihre Kaiserstreue in Zweifel gezogen hätte. Der Widerstand, der von den Vertretern der alten Mächte gegen den demokratischen Ausbau der Reichsverfassung erhoben wird, dürfte leicht zurückzuweisen sein. Die schwierigste Klippe wird unseres Erachtens auch nicht der Gegensatz zwischen der Demokratie und ihren Gegnern bilden, sondern Meinungsverschiedenheiten innerhalb der einzelnen Parteien. So kann man sich vorstellen, daß z. B. in der Frage der staatlichen Gliederung Deutschlands innerhalb der einzelnen Fraktionen sehr entgegenstehende Ansichten zutage treten werden. Für die Aufrechterhaltung der historisch gewordenen Grenzen der Bundesstaaten lassen sich ebensogute Gründe ins Feld führen wie für eine vollständige Neueinteilung des Reichsgebietes unter Berücksichtigung der natürlichen Zusammenhänge der Landschaften und Stämme, die bei der bisherigen Staatenbildung unter dem Gesichtspunkt dynastischer Hausinteressen willkürlich zerrissen wurden.

Es wäre dringend zu wünschen, daß es gelingen möchte, die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich dem Verfassungswerk entgegenstellen. Die Nationalversammlung hat ein Vorbild in der Verfassung, die im Jahre 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. tagte. Die erleuchteten Geister Deutschlands waren dort versammelt, und glänzende Reden wurden gehalten. Während aber die deutschen Professoren in Frankfurt redeten, hat die Reaktion gehandelt und dem schönen Traum der deutschen Demokratie ein schnelles Ende bereitet. Möge das Schicksal der Frankfurter Nationalversammlung den Männern und Frauen, die nun in Weimar zusammentreten, ein warnendes Vorbild sein. Die vor 70 Jahren gemachten Fehler dürfen nicht wiederholt werden. Das deutsche Volk hofft, daß ihm die Nationalversammlung kein Haus wohllich einrichte; möge sie diese Hoffnung nicht täuschen.

## Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in den Großstädten ist zu einer öffentlichen Kalamität geworden. Die Zahl der Arbeitslosen ist ins Ungeheure gestiegen, und sie wächst unausgesetzt. Dabei wäre eine solche Ansammlung der Arbeitslosen nicht nötig, denn es gibt außerhalb der Großstädte viel Arbeitsgelegenheit. Allerdings würden, wenn es gelänge, alle Arbeitsstellen im Reich zu besetzen, noch eine große Anzahl überschüssiger Arbeitskräfte übrigbleiben, aber das darf kein Grund sein, sich bietende Arbeitsgelegenheit abzulehnen und sich, gestützt auf die gelegentlich eingeführte Arbeitslosenunterstützung, in den Großstädten festzusetzen.

Der größte Arbeitermangel herrscht in der Landwirtschaft. Die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte wird schon auf 600 000 geschätzt. Dieser Mangel weckt die Befürchtung, daß die ordnungsmäßige Frühjahrsernte nicht durchgeführt werden kann. Bei den Ernährungsnotden, in denen wir uns fortgesetzt befinden, ist es leicht, sich die Folgen auszumalen, wenn es nicht gelingt, ausreichende Arbeitskräfte bereitzustellen. Die im Lande vorhandenen Lebensmittelvorräte reichen bei weitem nicht bis zur nächsten Ernte. Wir werden uns glücklich schätzen müssen, wenn uns von den in Amerika lagernden Überschüssen ein beachtender Teil abgetreten wird. Vorläufig ist die Frage, ob eine genügende Ausfuhr nach Deutschland gestattet werden wird, durchaus noch nicht geklärt. Wenn sie in einem für uns günstigen Sinne entschieden wird, dann werden wir aber

die Amerikaner nichts schenken. Sie sind gewiegte Geschäftsleute, und unser entwertetes Papiergeld hat bei ihnen keinen Kurs. Wollen wir die uns so dringend notwendigen Verbrauchsmittel einführen, dann müssen wir sie mit den Produkten unserer Arbeit bezahlen, wir müssen Waren ausführen, um uns im Ausland Kredit zu verschaffen.

Unsere wichtigsten Ausfuhrartikel wären im Augenblick Kohlen und Kali, bergbauliche Produkte, die wir in großer Menge erzeugen könnten, deren Förderung aber so zurückgegangen ist, daß nicht einmal der heimische Bedarf befriedigt werden kann. Unserer Industrie fehlt es noch an Aufträgen, aber selbst die geringe Arbeitsmöglichkeit wird unterbunden durch Mangel an Kohlen. In den bergbaulichen Bezirken fehlt es an Arbeitskräften, und die unaufhörlich folgenden Streiks legen nicht nur die Förderung lahm, sie untergraben unser ganzes Wirtschaftsleben. Wegen Kohlenmangels muß der Eisenbahnbetrieb auf das äußerste eingeschränkt werden. In den Städten wird aus dem gleichen Grunde die Benutzung von Gas und elektrischer Kraft und Licht auf wenige Stunden im Tage reduziert. Das bedeutet nicht nur schwere Unbequemlichkeiten in den Haushaltungen, sondern weitere Beschränkung der schon auf das äußerste beschränkten Arbeitszeit in der Industrie.

Dabei aber müßte unsere Industrie arbeiten, auf das intensivste arbeiten, um Waren für die Ausfuhr herzustellen und den Inlandsbedarf zu befriedigen. Leider kann nicht bestritten werden, daß die Unlust an der Arbeit erschreckende Fortschritte macht. Die Eisenbahndirektionen klagen, daß in ihren Werkstätten trotz gesteigerter Arbeiterzahl immer weniger reparierte Maschinen wieder in Betrieb gestellt werden können, was einer der Gründe für die starke Verkehrsbeschränkung ist. Auf Grund der Waffensstillstandsbedingungen mußten wir eine große Anzahl von Lokomotiven und Eisenbahnwagen abliefern, wozu jetzt als empfindlicher Nachtrag noch riesige Mengen landwirtschaftlicher Maschinen kommen. Alle diese Fahrzeuge und Maschinen fehlen uns aber; es müßte Ersatz für sie geschaffen werden; aber es fehlt an Betriebsstoffen, es fehlt aber auch, trotz der riesigen Zahl von Arbeitslosen, an der notwendigen Stelle an Arbeitskräften. Die Wohnungsnot wird immer bedrohlicher, aber es mangelt an Ziegelsteinen, weil es den Ziegelmachern an Arbeitskräften und an Kohlen mangelt.

Eine der ersten Leistungen der revolutionären Regierung war die vom Demobilisierungsamt erlassene „Verordnung über Erwerbslosensfürsorge“ vom 13. November 1918. Diese Verordnung war von dem Vertrauen zu der Arbeiterschaft diktiert. Der gewählte Wortlaut zeigt, daß man von der Selbstdisziplin der Arbeiter erwartete, daß Ausschreitungen vermieden werden. Diese Erwartung hat sich leider nicht verwirklicht; das Demobilisierungsamt mußte die Erfahrung machen, daß es ohne Hilfe nicht geht. Eine neue Verordnung vom 16. Januar 1919 bringt wesentliche Beschränkungen der Verordnung über Erwerbslosensfürsorge vom 13. November 1918.

Die neue Verordnung will dem Ansammeln von Arbeitslosen in den Großstädten entgegenwirken. Sie bestimmt, daß Personen, die während des Krieges zugezogen sind, insgesamt nur 4 Wochen unterstellt werden, auch wenn ihnen geeignete Arbeit nicht nachgewiesen werden kann. Die gleiche Beschränkung gilt auch für Kriegsteilnehmer. Nur verheiratete Arbeitslose werden länger unterstellt, wenn sie mit ihrer Familie am Unterbringungsort einen gemeinschaftlichen Haushalt führen. Auch wenn die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich unausführbar ist, wird die Unterbringung weiter gewährt.

Die alte Verordnung hat den Arbeitslosen die Verpflichtung auferlegt, nachgewiesene Arbeit anzunehmen, ohne ihnen jedoch einen Nachteil anzudrohen, wenn sie sich dieser Verpflichtung entziehen. Jetzt sind die Gemeinden verpflichtet, die Arbeitslosenunterstützung zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, Arbeit anzunehmen, auch wenn diese außerhalb des Berufs- und des Wohnorts liegt. Die Annahme der Arbeit darf nur verweigert werden, wenn kein angemessenes, ortsüblicher Lohn geboten wird, die Unterkunft mangelhaft ist, oder wenn Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird. Ueber die Angemessenheit und Ortsüblichkeit des Lohnes entscheidet der Demobilisierungsausschuß des Arbeitsorts. Wird die Arbeit in einem answärtigen Ort angenommen, dann muß die Gemeinde des letzten Wohnortes die Fahrtkosten zahlen. Wenn der Umziehende seine Familie nicht mitnehmen kann, erhalten die zurückbleibenden Familienangehörigen die Familienzuschüsse.

Wenn Arbeitslose auf Grund der ausgesprochenen Verpflichtung an ihren früheren Wohnort zurückkehren, dann muß ihnen dort ebenso wie den Kriegsteilnehmern die Unterbringung ohne Erfüllung einer Wartzeit gewährt werden. Im Gegensatz zu der Verordnung vom 13. November, welche die Vermehrung der Höhe der Unterbringung den Gemeinden überläßt, hat die neue Verordnung Höchstbeträge fest. Die Unterbringung darf nur für sechs Wochen gewährt werden und darf den Finanzverhältnissen des Orts nicht übersteigen. Die Höchstbeträge sind nach der Ortsklasse wie folgt:

Ländlicher Personen	A. im Ort			B. im Ort		
	a	b	c	a	b	c
a) über 21 Jahre	6,-	5,-	4,-	3,50	3,-	2,50
b) über 16 bis 21 Jahre	4,25	3,50	3,-	2,50	2,-	1,75
c) über 14 bis 16 Jahre	2,50	2,25	2,-	1,75	1,50	1,25
Weibliche Personen						
a) über 21 Jahre	3,50	3,-	2,50	2,25	2,-	1,75
b) über 16 bis 21 Jahre	2,50	2,25	2,-	1,75	1,50	1,25
c) über 14 bis 16 Jahre	2,-	1,75	1,50	1,25	1,00	0,75

Die Familienzuschüsse dürfen folgende Höhe nicht übersteigen:

Ländlicher Personen	A. im Ort			B. im Ort		
	a	b	c	a	b	c
a) für die Ehefrau	1,50	1,25	1,-	1,-	0,75	0,50
b) für die Kinder und sonstige Unterhaltungsbedürftige	1,-	0,75	0,50	0,75	0,50	0,25

Die neue Verordnung bestimmt weiter, daß in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet gleiche Höchstbeträge festgesetzt werden können. Wo die Voraussetzungen für den Entzug der Unterstützung gegeben ist, darf die Entziehung erst zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung (16. Januar 1919) erfolgen. Und schließlich wird bestimmt, daß die jetzt gewährten höheren Unterstützungssätze bis zum 1. April 1919 weitergezahlt werden können.

Wer die Zustände, die sich auf dem Gebiet der Erwerbslosenunterstützung entwickelt haben, beobachtet hat, wirdzugeben müssen, daß eine straffere Regelung notwendig war. Bedauerlich ist es nur, daß das Vertrauen in die Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft, welches die Verordnung vom 13. November 1918 atmete, nicht gerechtfertigt wurde und deshalb strengere Maßnahmen notwendig wurden, unter denen, wie das gewöhnlich geht, die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden müssen. Besonders schmerzhaft wird man die Herabsetzung der Unterstützungsbeträge empfinden, die nach der neuen Verordnung in einer Reihe von Städten eintreten muß.

Bei dem schwierigen Arbeitslosenproblem handelt es sich um einen Teil der äußerst wichtigen Frage, wie der Ueberbölkerung der Großstädte entgegenzuwirken werden kann. Wir müssen uns wohl oder übel mit dem Gedanken vertraut machen, daß es mit der industriellen Blüte Deutschlands vorläufig und für absehbare Zeit vorüber ist. Deutschland wird wieder in höherem Maße Agrarstaat werden müssen. Der Landeskultur, der Nahrungsmittelherstellung der bisher von der Landwirtschaft nicht benutzten Flächen wird die allgrößte Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen. Was von unserer Industrie noch vorhanden ist, muß natürlich sorgfältig gepflegt werden, und nichts darf unterlassen werden, sie auf den früheren Stand zurückzubringen. Das liegt in hohem Maße auch im Interesse der Arbeiter. Die angestrebte Sozialisierung kann dem Volksganzen nur nützen, wenn wir eine blühende Industrie haben. Darüber vor allem muß sich die Arbeiterschaft klar werden, daß dem Zuge zur Großstadt jetzt mit allen Mitteln entgegenzuwirken werden muß. Infolge des Rückganges und des Stillstandes der Industrie herrscht in den Großstädten ein fürchterliches Elend. Die Entvölkerung der Großstädte muß gefördert, der Zuzug zu ihnen nach Möglichkeit zurückgehalten werden. Ganz besonders aber müssen Arbeitslosigkeit und Arbeitsstreue wieder zur Geltung kommen, denn darin liegt unsere einzige Rettung vor dem drohenden Untergang.

### Die Schönheider Bürstindustrie in der Uebergangzeit.

H. R. Um die Schwierigkeiten der hiesigen Bürstindustrie in der Uebergangzeit voll würdigen zu können, ist es notwendig, mit einigen Worten die wirtschaftliche Lage während des Krieges zu skizzieren.

Im Anfang des Krieges hatten es die Arbeitgeber fast aller Betriebe fürchtbar eilig, die Arbeiter zu entlassen. Der eintretende ungeheure Bedarf für das Heer ermöglichte es, daß nach einem halben Jahre so ziemlich alle Arbeiter wieder eingestellt waren, ja, durch die Einderufungen entstand sogar ein Mangel an Arbeitskräften. Da mußten jugendliche und weibliche Kräfte, sogar Kinder herhalten, dem Arbeitermangel entgegenzuwirken. Es sind Betriebe vorhanden, die während des Krieges beinahe das Doppelte ihres Arbeiterstandes im Arbeiterwechsel zu verzeichnen haben.

Aber nicht nur das Heer, sondern auch die private Wirtschaft mußte ihren Bedarf decken. Bei dem Mangel an Rohstoffzufuhr (Fiber, Wurzel, Borsten, Rohhaar, Pfaffenhaare, Jellulose, Schwamm, Spiritus, Lack usw.) mußte auf Ersatzstoffe zurückgegriffen werden. Dieses Material wie auch Ersatzstoffe erreichten fabelhafte Preise, aber auch die Warenkriege enorm in die Höhe. Diese Umstände haben in der Schönheider Bürstindustrie Zustände geschaffen, die mit einem Wort als wild bezeichnet werden können, und die zu entwirren große Anforderungen an die Organisation der Arbeiter stellen.

Es wird hier auf vier verschiedene Arten produziert: 1. in den regulären Betrieben und Werkstätten, 2. in der Heimindustrie, 3. durch eine große Anzahl von Handelsleuten, 4. in der Geheimfabrikation. In dieser werden Bürsten angefertigt, wo über die Herkunft des Materials der Schiefer der Verschwiegenheit gebietet wird. Nichtsdestoweniger gibt es Betriebe, die für billiges Geld solche Ware auslaufen und damit eine schädigende Konkurrenz treiben. Zu alledem haben sich während des Krieges neue Betriebe gebildet (5. Gruppe), die nicht auf dem Boden der soliden Fabrikation begründet sind, sondern aus purer Gewinnlust errichtet wurden, dazu in einkseitiger Weise. Es wurden nur Säuberer und Abfahrsbürsten aus Reisstroh, das als Ersatzmittel für die Bürstfabrikation zu großem Ansehen gelangt ist, angefertigt. Elemente, die früher nie Bürsten gemacht, die gehandelt oder vor dem Krieg finanziell recht wachsam gehandelt haben, haben sich mit besonderem Eifer betätigt. Betriebe zu errichten — und sind reich, manche sogar sehr reich geworden. Um Arbeiter zu bekommen, wurden die Löhne teilweise erhöht, um später wieder gekürzt zu werden. Auch ein Zwischenmeisterstück für die Heimindustrie hat sich herausgebildet: Gastwirte, Lehrer, Beamte und alle Arbeiterkategorie sind daran beteiligt. Alles, was Hände regen konnte fertigte Bürsten aus Reisstroh an. Die Eier nach Geld laugte anbarberzig Mann Weib und Kind aus. Es sind so einzelne hohe Arbeitsverdienste zu verzeichnen, aber man frage sich nach der Arbeitszeit. Aus allen Gegenden Deutschlands kamen Ausläufer, darunter sogar Bürstfabrikanten, die die Waren wagenweise abtransportierten. Aber auch die regulären Betriebe haben Geld verdient.

Was hat uns die Arbeiterschaft von diesem Millionenverdienst erworben? Nichts! Doch wollen wir ehrlich sein. Einige gutbezahlte Arbeiter mögen sich etwas gespart haben; das Gras der Arbeiter hat einen Pflanzenspross gebildet und hat ihn heute noch, der mit der herrschenden Meinung in keinem Einklang steht, trotz der 50 Prozent bzw. 40 Prozent Sparungsanlagen, die durch den Halbjahresvertrag herausgeholt worden sind. Es nicht gewünschte Zugabe für die Arbeiter müssen die ollen Unfälle an den Maschinen angeht werden, deren Umfang wir noch feststellen müssen.

Mit viel Liebe und Mühe sind die Interessen der Arbeiter in den Kriegsjahren gewahrt worden. Alles ließ sich noch bewältigen, weil die organisatorischen Kräfte fehlten.

Nachdem nun der Krieg beendet ist, ist auch in der Schönheider Industrie eine Störung eingetreten. Es mangelt an Rohstoffen, Kohlen und an Aufträgen. Die Annulierung des letzteren ist eine tägliche Erscheinung geworden. Trotzdem lassen die regulären Betriebe bis zur äußersten Möglichkeit weiterarbeiten. Die Heimarbeit wird zugunsten der im Betrieb beschäftigten Arbeiter eingeschränkt. Mit dem Arbeitgeberverband wurde (zum erstenmal in gemeinschaftlicher Sitzung) der Achtstundentag festgelegt, der Ausgleich für die ausfallende Arbeitszeit auf 15 Prozent und für die Lohnarbeiter bei Weiterzahlung des bisherigen Lohns auf 5 Prozent vereinbart. Einstellung der Kriegsteilnehmer, Aufstellung eines einheitlichen Lohns, Schlichtung von Streitigkeiten durch die Vorstände der beiden Organisationen und die Regelung der Arbeitsnachweisfrage waren weitere Gegenstände der glänzend verlaufenen Verhandlungen. Trotzdem wird es noch manche Bemühung kosten, ehe sich die Vereinbarung durchgesetzt hat, denn ein kleiner Teil der Arbeitgeber leistet noch immer mehr oder weniger Widerstand. Am meisten ist es die 5. Produktionsgruppe, die sich mit Entlassungen und Lohnabzügen hervorruft. In dieser Angst, den Kriegsgewinn zu verlieren, haben diese Leute durch allerlei Manipulationen sich der Arbeiter zu erweiden. Es stellt sich heraus, daß viele nicht einmal die einfachsten Bestimmungen der Gewerbeordnung kennen. Was man die größten Schwierigkeiten macht, das ist die wüste Art der Lohnzahlung, die sich sogar in die regulären Betriebe erstreckt. Alfordlöhne wechseln in verschiedener Höhe mit und ohne Ausschlag ab. Jetzt, nachdem die Organisation der Arbeiter Ordnung in die Verhältnisse bringen will, verlangen die Arbeitgeber einen einheitlichen Lohns. Einigen ist diese Ausrede willkommen, um sich von der Zahlung des Ausgleichs für die wegfallende Arbeitszeit zu drücken. Auch bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde die Bestrebung der einheitlichen Lohnzahlung von uns in Aussicht gestellt und kein Zweifel darüber gelassen, daß wir einen solchen Tarif wünschen, der die Bürstindustrie von der niedrigen Stufe im Wirtschaftsleben emporheben soll. Es sind sogar Arbeitgeber vorhanden, die wünschen, daß diese Bestrebungen von der vielgenannten und vielgeschmähten Schönheider Bürstindustrie ausgehen möchten. Mit der Generalkommission der Bürsten- und Pinselmacher und dem Tarifamt für das Holzgewerbe werden wir also demnächst Fühlung nehmen müssen.

Die Unsicherheit von Produktion und Konsum der Waren einerseits und die Einstellung der Kriegsteilnehmer andererseits ergaben bereits nicht zu vermeidende Schwierigkeiten. In kleinem Maße haben die Entlassungen begonnen, die aber durch die Erwerbslosensfürsorge gemildert werden. Durch all diese Erscheinungen ist die Tätigkeit unseres Verbandes gewaltig gestiegen und von der Arbeiterschaft anerkannt worden. Den Beweis hierfür liefert der Zustrom der Mitglieder, die das Dreifache der Höhe vor dem Kriege erreicht haben. Der seit Jahren ausgestreute Samen beginnt zu reifen. Es bedarf aber noch vieler Arbeit, die Kräfte zu lösen und die Kräfte zu sammeln für den ferneren Vorkampfskampf zu einer höheren Stufe des Lebens. Mut, Ausdauer und Pflichtgefühl muß jeder in diesem Willen üben, dann wird und kann der Erfolg nicht ausbleiben.

### Soziales.

#### Die Sozialisierung der Produktion.

Die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum ist ein wichtiger Punkt des sozialdemokratischen Programms. Es ist dabei ganz erklärlich, daß die herrschende soziale Revolution dieser Frage sofort die größte Aufmerksamkeit widmete. Eigentlich bedarf es keines Beweises, daß die Vergesellschaftlichung der Produktion nicht im Handumdrehen durchzuführen ist. Nur geringes Nachdenken muß zu dem Erkenntnis führen, daß solche Probleme sehr langsam und überdacht und mit der größten Sorgfalt durchzuführen werden müssen, wenn die Industrie vor nicht wieder aufzumachendem Schaden geschützt werden soll. Noch viel wichtiger und dringender als die Sozialisierung ist die Wiedereingliederung der Industrie und des Wirtschaftslebens.

Es gibt aber Arbeiter, denen diese Selbstverständlichkeit nur schwer einleuchtet. In nicht wenigen Fällen sind Lohnforderungen gestellt worden, deren Bewilligung zwar nicht zur Sozialisierung, wohl aber zum Ruin des betreffenden Unternehmers führen muß. In der Erkenntnis, daß in der Frage der Sozialisierung der Produktion jede Ueberbürdung von Schaden ist, sind alle einfachen Sozialisten einig. So hat der unabhängige Hilferding am 20. Dezember 1918 unter lebhafter Zustimmung des Kongresses ausgeführt: „Wir müssen mit der Sozialisierung mit Ueberlegenheit und langsam vorgehen, damit nicht das ganze Werk zerfällt. Auch in diesem Zusammenhang muß das Wort gelten: Die Revolution darf sich nicht auflösen in eine Lohnbewegung!“

Um die Frage der Sozialisierung der Produktion zu prüfen und Untersuchungen darüber anzustellen, welche Unternehmen wirtschaftlicher Art schon gegenwärtig sich für eine höhere, d. h. sozialisierte Form der Produktion sind und unter welchen Bedingungen die Ueberführung vor sich gehen kann, hat die Reichsregierung Anfang Dezember eine „Sozialisierungskommission“ einberufen, welcher einige namhafte Gelehrte und Angehörige beider sozialistischen Parteien angehören. Mitglieder dieser Kommission sind die Professoren Bogeskin, Ledebur, Ballod, Wilbrandt und Franke. Außerdem gehören ihr die sozialistischen Theoretiker Rautsky, Hilferding und Suckow. Neuerdings hat die Reichsregierung auf Verlangen der Kommission auch den Reichsausschuß für die Sozialisierungsfrage der Generalkommission, Paul Umbreit, zur Mitarbeit berufen.

Die Sozialisierungskommission ist am 5. Dezember 1919 zum ersten Male zusammengetreten und hat bald darauf eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie es als ihre Aufgabe

gabe betrachtet, jene Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Ueberführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft zu bewirken.

Sie ist sich bewußt, daß die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Ueberbelegung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels.

Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftszweige die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Ebenso erfordert die Inangriffnahme der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Zirkulationskredits und damit die ungehörte Funktion der Kreditbanken.

Im Interesse unserer Lebensmittelversorgung wird auch nicht vorgeschlagen werden, in die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Hier soll durch die Landwirtschaft angepasste Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensität gesteigert werden.

Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Landwirtschaft, in denen sich kapitalistische Monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle und Eisen, zustehen. Es soll geprüft werden, welche andere Zweige der Produktion und der Kraftgewinnung in Folge der erweiterten Konzentration geeignet sind, in Gemeinwirtschaft übergeführt zu werden, welche Wirtschaftszweige sonst ihrer Natur nach, wie z. B. das Versicherungswesen und die Hypothekendarlehen, für die Sozialisierung in Betracht kommen.

Die Kommission ist sich bewußt, daß der Erfolg der Sozialisierung abhängt von der Erhöhung der Produktivität, die durch die beste Organisation der Betriebe und Ersparung aller unnützen Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden muß. Sie wird sich diesen Gesichtspunkt auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft leiten lassen, wo die Verfügung über die Landflächen und die großen Forste der Gesamtheit zustehen muß.

Die Kommission ist der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftsweise abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen, ob die Verfügung dem Reich, den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungsgeldern zustehen soll, oder ob für einzelne Produktionszweige die Ausdehnung der Eigenproduktion der Genossenschaften das geeignetste Mittel der Ausschaltung des kapitalistischen Profites darstellt.

In gleicher Weise werden auch die Mittel der Sozialisierung je nach der Natur der Wirtschaftsweise verschieden gestalten müssen. Neben der völligen Uebernahme kommen noch andere Formen der Beteiligung und der Kontrolle durch die Gesamtheit in Betracht.

Die Kommission glaubt, daß die bisherigen Besitzer für die Uebergabe ihrer Betriebe durch Abschlagsraten entschädigt werden sollen, damit Härten und Ungleichmäßigkeiten in der Heranziehung des Besten zu den Ausgaben der Gesamtheit vermieden werden. Es unterliegt dann der politischen Entscheidung, in welchem Umfang vor allem auf dem Wege der Vermögensabgabe und der Verstaatlichung die allgemeine Heranziehung der gesamten bestehenden Klassen erfolgt.

Die Kommission ist gewiß, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu übernehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erlassen.

Diese Veröffentlichung enthält das Programm, nach welchem die Kommission arbeiten will. Die entwickelten Grundzüge lassen erkennen, daß das Problem mit der größtmöglichen Gründlichkeit bearbeitet wird. Die Verantwortlichkeit der Kommission bürgt dafür, daß dieses nicht bei theoretischen Betrachtungen bewenden lassen, sondern auch die praktische Durchführung energisch betreiben wird.

**Die Frauen in der Nationalversammlung**

Der Nationalversammlung werden voraussichtlich 95 Frauen angehören. Gewählt sind 38 Frauen, doch ist Dr. Gertrud Bäumer zweimal gewählt. Am stärksten sind die Frauen in der Sozialdemokratischen Fraktion vertreten, in der sie 18 Sitze einnehmen. Gewählt sind: Wilhelmine Köhler (Berlin), Anna Simon (Brandenburg a. d. P.), Marie Juchacz (Berlin), Elise Hanel (Berlin-Treptow), Elise Böls (Stettin), Oriola Hauke (Rastow), Minna Polmann (Halberstadt), Luise Schöder (Altona), Frieda Lührs (Hannover), Klara Bohm-Schuch (Berlin), Johanna Tesch (Frankfurt a. Main), Elisabeth Röhl (Köln), Loui Püll (Münster), Ernestine Luge (Dresden), Minna Schilling (Döbeln), Anna Bloß (Stuttgart), Minna Eichler (Eisenberg, S.-A.), Johanna Reibe (Hamburg).

Zur Christlichen Volkspartei gehören 6 weibliche Abgeordnete, nämlich: Agnes Reubaus (Dortmund), Fel. Leusch (Köln), Fel. Schmitz (Aachen), Selene Weber (Ebersfeld), Hedwig Dransfeld (Beelitz B.).

Die Deutsche Demokratische Partei hat 6 weibliche Abgeordnete: Elisabeth Brönnert (Königsberg i. Pr.), Katharina Loh (Danzig), Elise Ecker (Wesfen), Dr. Marie Baum (Hamburg), Dr. Gertrud Bäumer (Hamburg).

Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion zählt 3 weibliche Mitglieder: Luise Zick (Berlin), Anna Hübler (Schleusien), Lore Hanes (Döbeln).

Für die Deutsche Nationalistische Fraktion hat 3 weibliche Mitglieder: Dr. Käthe Schirrmacher (Danzig), Anna v. Gierke (Cherchowitz), Margarete Behm (Berlin-Zehlendorf).

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 6. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

In Meidenburg (Oau Danzig), Dargun (Oau Stettin) und Mittelheine (Oau Breslau) wurden neue Zählstellen gegründet.

Die während des Krieges eingegangenen Bahnstellen Pelen, Rummelsburg in Pommern, Fürstenberg in Meidenburg, Bügow und Wohlau sind wiedereröffnet.

Berlin SO. 16, Am Adlonischen Park 2

Der Verbandsvorstand.

**Zentralkommission der Kohlmacher.**

Auf Vermittlung des Tarifamts erteilt jetzt die Preussische Eisenbahnverwaltung in ihren 21 Direktionsbezirken Kohlen- resp. Koksätze (je 1 Zentner enthaltend). Die Inne- und Aussenpreise sind die folgenden:

	Kohlenpreis	Kokspreis
oben	38 om	44 om
obere Mitte	38	44
unten	40	46
Staben	50	52

Durch den Boden führen 4 Drähte, welche über dem Fußschlag verdrillt werden. Von 4 Enden bilden je 2 die Drisse. Am Boden werden 2 Leitern mit Drahtbändern befestigt.

Die vereinbarten Arbeitslöhne betragen:

	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.
Kohlenkorb	5,-	4,50	4,-	3,50 Mk. pro Stck.
Koksorb	7,50	6,70	6,00	5,10

Wir ersuchen die Kollegen, diesen Arbeitslohn überall unbedingt einzuhalten.

J. A. Paul Bräuner, Berlin O. 24, Warschauer Str. 71.

**Korrespondenzen.**

**Köhlendroba (Korbmacher).** Während des Krieges wurden hier und in der Umgegend neben der Herstellung von Geschloßkörben auch Arbeiten für Private angefertigt. Die Kollegen hatten es verstanden, die Löhne für diese Arbeiten, wenn auch im steten Kampf mit den Unternehmern, den Lebensverhältnissen einigermaßen anzupassen. Aber kaum waren die Arbeiter für das Heer fertiggestellt, da glaubten die Unternehmer, unsere Forderung von 74 Prozent Lohnzuschlag als Ausgleich für die verkürzte Arbeitszeit mit einem Abzug von etwa 20 Prozent von den bereits seit fünf Monaten gezahlten Löhnen beantwortet zu müssen. Durch das Eingreifen unseres Gauleiters des Kollegen Verligte, ist es endlich gelungen, durchzusetzen, daß der seit dem 1. Dezember gefürzte Lohn nachgezahlt wurde. Die Forderung auf Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung wurde dem Tarifamt zur Beratung unterbreitet. Der jetzt gezahlte Lohn beträgt 270 Prozent Zuschlag zu dem im Frühjahr 1914 abgeschlossenen Tarif. Auch für weisungswirksame Arbeiten wurde dieser Zuschlag für angemessen erachtet. Wollen wir aber auch für die Zukunft unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen, den Lebensverhältnissen entsprechend aufrechterhalten oder anpassen, dann muß jeder an dem Ausbau unserer Organisation mitarbeiten. Wer im Bezirk Köhlendroba-Madebeul Arbeit sucht oder annimmt, hat sich erst auf unserem Arbeitsnachweis beim Kollegen Wilh. Appel, Adinerstraße 6, zu erkundigen.

**Unsere Lohnbewegung.**

**Ein Reichstarif über Friedensarbeiten in der Korbmacherei.**

Die Vertreter unseres Verbandes im Tarifamt der Korbmacher haben gleich nach Kriegsende die Initiative ergriffen, um die Lohnverhältnisse des Geschloßkorbmachers auf die nunmehr einsetzenden Friedensarbeiten der Korbmacherei stammgemäß zu übertragen. Es gelang aber nicht mit der Arbeitgebervertretern hierüber zu einem Resultat zu kommen, weil sich diese zur Regelung einer so wichtigen Angelegenheit nicht ohne weiteres für kompetent hielten. Zur Entscheidung darüber fand am 22. Januar in Eisenach eine Versammlung der Korbfabrikanten statt, die in der Hauptsache auch die Organisationsfrage für die Unternehmer der Korbindustrie zu regeln hatte. Die Arbeitgeber hatten für ihre Beratungen in der Lohnfrage die Anwesenheit unserer Vertreter vom Tarifamt gewünscht, dem der Kollege Bräuner nachgekommen ist. Nach einleitender Verlesung der Forderungen, die von unseren Kollegen an ein solches Tarifverhältnis gestellt werden durch unsere Verbandsvertreter, beschloß die Unternehmerversammlung sich grundsätzlich auf den Boden eines Vertrages zu stellen und ihre Vertreter für das Tarifamt zu bestimmen, die mit Vollmacht für Abschluß eines allgemeinen Tarifs ausgestattet sind.

Unsere Korbmacherkollegen werden demnach durch den Verbandsvorstand von dem Stand der Sache eingehender unterrichtet und zur Mitarbeit bei der Vorbereitung zu den Verhandlungen aufgefordert werden. Mit der Erstattung eines solchen Tarifs würde ein langgehegter Wunsch der Korbmacher seiner Verwirklichung entgegengeführt, weshalb es an der Unterstützung und der intensiven Mitarbeit aller Kollegen nicht fehlen darf.

**Die Vertragsverhandlungen in der Pianofortefabrik.**

Die Vertragsverhandlungen kommen nicht recht vom Fleck. Am 3. Dezember haben Verhandlungen mit dem Reichsverband der deutschen Klavierindustrie stattgefunden, die aber zu einem positiven Ergebnis nicht geführt haben. Die Arbeitgeber wollten zunächst Beratungen mit ihren Mitgliedern pflegen, und es wurde vereinbart, die Verhandlungen am 7. Januar fortzusetzen. Darüber haben wir in Nr. 23 berichtet.

Inzwischen hat am 7. Januar die vorgesehene Verhandlung stattgefunden, aber viel weiter ist man dabei auch nicht gekommen. Der Reichsverband der Klavierindustrie hat sich dem Arbeitgeber-Schutzverband für die deutsche Holzgewerbe angeschloßen. Er erkennt die von diesem abgeschlossenen Vereinbarungen an und ebenso auch die örtlichen Schlichtungskommissionen und das Tarifamt. Daneben sollen aber noch besondere Verträge für die Klavierindustrie abgeschlossen werden. Zu deren Vorbereitung wurde eine paritätische Kommission eingesetzt und beschlossen, daß diese am 22. Januar zusammentreten soll. Infolge eingetretener Hindernisse ist diese Sitzung auf Antrag der Arbeitgeber auf den 12. Februar vertagt worden.

**Aus der Holzindustrie.**

**Unsere Verbandsmitglieder in der Nationalversammlung.** Nach der vorläufigen Ueberfahrt über die gewählten Abgeordneten zur Nationalversammlung, welche der Reichsanzeiger am 28. Januar veröffentlicht hat, befinden sich unter ihnen vierzehn Mitglieder des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Es sind das die folgenden Kollegen: Robert Schmidt (Berlin), Fritz Hubell (Berlin), Karl Dietrich (Breslau), Hermann Weiss (Magdeburg), Karl Legien (Berlin), Friedrich Weiss (Hamburg), Karl Schred (Dielefeld), Georg Simon (Mugsburg), Johann Panzer (Bayreuth), Gustav Roske (Chemnitz), Georg Schöpslin (Berlin), Wilhelm Reil (Ludwigsburg), Lorenz Riedmüller (Freiburg i. B.), Ludwig Darsenahl (Erbach). Bis auf Hubell, der zur Fraktion der Unabhängigen gehört, sind alle Genannten Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

**Konturreiz für die Möbelfabrik.**

Die lauten Klagen über eine angebliche Möbelpnot, die vor etwa Jahresfrist erhoben worden sind, beginnen jetzt unerwünschte Folgen zu zeitigen. Aus Kreisen, die der Möbelfabrikation bisher fernstanden, wird der Möbelfabrikation ein Interesse entgegengebracht, welches den Möbelfabrikanten recht unerwünscht ist. Gleich bei Beginn der Demobilisierung, als es sich darum handelte, die eigentliche Kriegsindustrie auf Friedensarbeit umzustellen, lenkte sich der Blick der Flugzeugindustrie auf die Möbelfabrikation, und an den maßgebenden Regierungsstellen zeigte sich starke Neigung, die Aufnahme der Möbelfabrikation durch die Flugzeugwerke durch die Zuweisung von Staatsaufträgen zu unterstützen. Diese Absicht blieb infolge des Einspruchs, den das eben begründete Tarifamt für das Holzgewerbe dagegen erhob, unausgeführt. Aber wenn die Flugzeugwerke und ähnliche Betriebe auch keine staatlichen Aufträge erhalten, so bringen sie doch der Möbelfabrikation weiter starkes Interesse entgegen. Das gilt übrigens nicht nur für Flugzeugwerke, sondern auch für andere großindustrielle Betriebe, die bisher der Möbelfabrikation völlig fern standen. Neuerdings wird gemeißelt, daß die Siemens-Schuckertwerke A.-G. in Berlin zur Herstellung von Möbeln und sonstigen Tischlerarbeiten übergegangen sind. Der Luftschiffbau Schütte-Lanz in Mannheim hat gleichfalls die Möbelfabrikation aufgenommen und das gleiche wird von der Waffenfabrik Mauser A.-G. in Oberndorf berichtet.

Vom Arbeiterstandpunkt aus liegt solchen Nachrichten gegenüber, die noch beträchtlich vermehrt werden könnten, zunächst kein Anlaß zur Beunruhigung vor; im Gegenteil könnte die Vermehrung von Arbeitsgelegenheiten Befriedigung werden. Für den Arbeiter ist das wichtigste, daß in den Betrieben die tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Geschieht dies, dann ist es von geringerer Bedeutung, ob er in einer Möbelfabrik oder in der Möbelfabrikation einer Flugzeug-, Waffen- oder sonstigen Fabrik arbeitet. Ganz gleichgültig kann uns aber die starke Zunahme der Erzeugungsfaktoren für Möbel, die unseren Unternehmern bereits schwere Sorgen zu bereiten beginnt, doch nicht sein. Außer der Umstellung von Betrieben zur Möbelfabrikation werden auch neue Betriebe eröffnet in der Erwartung, daß sie reichen Gewinn abwerfen werden. Wenn das so weitergeht, dann wird statt von einer Möbelpnot die im eigentlichen Sinne des Wortes Ueberproduktion entstanden hat, bald von einem Möbelüberschuß gesprochen werden müssen. Das wird die übertriebenen Möbelpreise senken, aber auch die Arbeiterlöhne. Eine Senkung des Preisniveaus für alle Waren ist durchaus erlebenswert, bedenklich aber wäre es, wenn sich diese Senkung nur auf die Produkte einer einzelnen Industrie erstrecken würde. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist die starke Vermehrung der Betriebe für die Möbelfabrikation auch für die Arbeiter keineswegs gleichgültig und wir haben Ursache diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen.

**Dochschlußpunkt im Waggonbau.**

Die Preussisch-Possische Eisenbahnverwaltung hat gegen Ende vorigen Jahres noch große Aufträge im Lokomotiv- und Eisenbahnwagen ausgegeben als Ersatz für die an die Entente abzuliefernden Fahrzeuge. Einschließlich der früher erteilten Aufträge sind 300 Lokomotiven und über 7000 Wagen verschiedener Art vergeben worden. Die günstigen Aussichten im Waggonbau zeigen die Unternehmungsgeist. In neuerer Zeit mehrten sich die Meldungen über Errichtung neuer und Erweiterung bestehender Waggonfabriken. So hat die Maschinen- und Fahrzeugfabrik Alfred-Döllingen AG. (Wernburger Maschinenfabrik) einen Teil ihrer Werke in eine Waggonfabrik umgewandelt. Neue Waggonfabriken sind entstanden in Hamburg, wo die „Panzerischen Flugzeugwerke“, Carl Passat, A.-G., den Betrieb auf den Waggonbau umgestellt haben, und in Rummelsburg, wo mit einem Kapital von 300 000 Mk. die Preussische Waggonfabrik A.-G. gegründet wurde. Die Sächsischen Waggonfabrik A.-G. in Werdau ist im Begriff ihr Aktienkapital um 300 000 auf 3,8 Millionen Mark zu erhöhen.

Organisation der Korbmachermeister.

Der Bund Deutscher Korbmachermeister mit dem Sitz in Berlin und der Verband selbständiger Korbmacher Deutschlands...

Das sind große Worte, ob ihnen auch die zu verrichtenden Taten entsprechen werden, muß man abwarten. Die Leistungen der Organisationen der Korbmachermeister sind nicht vielversprechend...

Offene Stellen für Holzarbeiter.

Nach dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 23. Januar, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt...

- Bauhilflicher: Siegen 15, Arnberg 9.
Drehstuhlrechner: Danzig 3.
Drehstler: Hannover 6, Rastatt 3.
Holzarbeiter: Stettin 10, Neusalz 100, Schönow 20, Arnberg 9.
Korbmacher: Stettin 5.
Modellsticker: Arnberg 14, Siegen 10, Weidenau 1, Westf. 10, Casel 3, Marburg 8, Durlach 3, Freiburg i. B. 3, Mühlheim i. Baden 6, Wolfach 3.
Modellsticker: Siegen 20.
Sägemüller: Siegen 20.
Sägewerksarbeiter: Müllsch 20.
Stellmacher: Hannover 10, König 5, Siegen 6.
Tischler: Ganderhuf 1, Schief 10, Schwibus 10, Verleburg 1, Westf. 26, Sagan 8, Sprottau 1, Weinigen 6, Osnabrück 8, Hannover 4, Arnberg 14, Olpe 6, Essen 42, Weiden 9, Konstantz 14.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften im besetzten Gebiet.

Durch die Vereinigung der linksrheinischen Gebiets sind auch die Gewerkschaften auf das schwerste geschädigt. Jeder Verkehr der Gewerkschaftszentralen mit ihren linksrheinischen Mitgliedern soll auch dem Willen der ententstehenden Mitglieder unterbleiben...

Die militärischen Befehlshaber der Besatzungstruppen führen in dem besetzten Gebiet ein strenges Regiment. Insbesondere sollen die sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution, vor allem der gelebte Achtstundentag, alsbald nach dem Ermessen der Besatzung rückgängig gemacht und die Löhne bedeutend reduziert werden sein...

Berichte ähnlicher Art aus der Holzindustrie im linksrheinischen Gebiet liegen uns nicht vor wie ja eben der Verkehr auf das alleräußerste eingeschränkt ist. Die Vermutung, daß da und dort mit einem vorzeitigen und einseitigen Abbau der Löhne auch in unserem Gewerbe bereits begonnen wurde, ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen.

Abschluß des Friedens und die Ausbebung der Besetzung wird man auf beiden Seiten des Rheins mit einem Sprunge bei der Unterbrechung begründen. Als Gewerkschafter haben wir aber ganz besondere Ursache, die Wiederherstellung des unbehinderten Verkehrs recht bald herbeizuführen.

Literarisches.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter A aus Jannach 1918 schreiben. Das erste Heft des neuen Jahrgangs wird mit einem Aufsatz über das Kunstgewerbe des Mittelalters eingeleitet, der der kundigen Feder Carl Degerens entstammt...

Was und wie kann man sozialisieren? Von Dr. Max Preis. Verlag von E. W. Teubner Leipzig und Berlin Preis 80 Pf. (Mit Fotoabdruck 1,20 Mk.)

Im Rahmen der vom Verlag herausgegebenen Sammlung „Die Neue Zeit. Schriften zur Neugestaltung Deutschlands“, untersucht der Verfasser die Möglichkeit der Sozialisierung der Betriebe, und er bringt zu diesem sehr interessanten Thema einige beachtenswerte Beiträge.

Befehle und Verordnungen der sozialistischen Republik. Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ein Verzeichnis durch die wichtigsten Verordnungen und Befehlsbestimmungen, die während der Revolution von Behörden der neuen Volkrepublik erlassen worden sind, erschienen. Der Preis beträgt 1 Mk.

Soll Deutschland ein Zollhaus werden? Unter diesem Titel hat Jochen der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine neue Flugchrift zur Revolution in Vertrieb gebracht. Sie kostet 15 Pf. Gegen Einsendung von 20 Pf. kann sie vom Verlag bezogen werden.

Die Ukraine. Monatschrift für Deutsch-Ukrainische Volks-, Wirtschafts- und Kulturpolitik. Deutsch-Deutscher Verlag von Dorndorf u. Dreßel, Hamburg 1, Semperhaus A. Jahrespreis 7,50 Mk., Einzelheft 75 Pf.

Zentral-Kranken- und Sterbeliste der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg. (Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Berichtigung. In dem in Nr. 4 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 26. Januar 1918 enthaltenen „Rechnungsabluß vom 3. Quartal 1918“ ist am Schluß zu lesen: „Demnach eine Zunahme im 3. Quartal 1918 von 40 481,44 Mt.“

Das ist natürlich falsch, wie ein Vergleich des Gesamtvermögens vom 1. Juli 1918 und 1. Oktober 1918 sofort erkennen läßt, es muß selbstredend heißen: „Demnach eine Abnahme usw.“

Der Vorstand. S. A. A. Sud. Hauptkassierer.

Otto Teichert, Korbmacher, Buchstr. 722/15A, wird aufgefordert, das ihm schuldig er vor zwei Jahren von mir entliehen hat...

Ein tüchtiger Möbeltischler gesucht. Tischmacher Werkstätten für Handwerkskunst, Harze in Holstein.

2-3 Tischlergesellen auf furnierte Möbel. Dauernde Arbeit stellt ein Albert Berg, Tischlermeister, Kolberg, Ostpre. 1.

Mehrere Tischlergesellen für feine Möbel. Möbel sofort gesucht Chr. Ostermann, Möbelfabrik, Duisburg (Rhein).

Ein tüchtiger lediger Möbeltischler, im Ausschneiden und im Aufstimmarbeiten vollständig vertraut, findet sofort Dauerstellung. E. Schmidt's Möbelhallen, Nijmegen.

Mehrere erfahrene Möbeltischler, ein Stahlbauer für bessere Möbel und dauernde Beschäftigung von vorzüglich eingeführter Arbeit bei auskömmlicher Lohn gesucht...

Ein Möbeltischler auf Speise- und Porzellanmischler. Ortsteil Jannach, im Eichen (Anhalt) sofort gesucht. Robert Ehrlich, Jannach, E. W. Teubner, Leipzig (Anhalt).

Ein Tischschreiner für bessere Stühle. Möbelwerkstatt Carl Springer, Freiberg i. S.

Ein Drechsler für sofort gesucht. Robert Vansche, Buchstr. 722/15A.

Ein Gerüstbauer findet sofort Beschäftigung. Robert Ehrlich, Jannach, E. W. Teubner, Leipzig.

15-20 Korbmacher auf Grün werden gesucht. Bezahlung nach Tarif I. Zahlstelle Braunschweig, Breitenstraße 6.

Gesucht für sofort ein jüngerer Gehilfe für alle Arbeiten. Dauerstellung. Fr. Lehmann, Korbgewerk, Dübendorf i. Ostpr., Gaffstraße 27.

Korbmacher werden gesucht. Jul. Werel, Zittau i. Sa.

Mehrere Korbmacher auf Grün (geschichtet) sofort gesucht. Rudolf Dietrich, Osterwied (Satz), Holz- und Korbwaren-Industrie.

Tüchtiger Gestellarbeiter, Korbmacher für weitgeschlagene Arbeit. sofort oder später für dauernde Beschäftigung gesucht. Kurt Reinecke, Korb-, Möbel- und Korbwaren, in der Magdeburger Endenberg, Budauers Straße 17.

Tüchtige Korbmacher auf Geflechtarbeiten sofort gesucht. Wilhelm Kochs, Formmehlfabrik, Düsseldorf.

Tüchtiger Gestellarbeiter (Korbmacher) auf Werk u. Orngelagene für dauernd sofort oder später gesucht. Korbfabrik Aug. Dörsner, Gera-S.

Jüngerer Jannach-Holzweilagen für sofort. E. W. Teubner, Leipzig.

Sportschlitten-Rufen II. Eine gebogen, prima Ware. 100 120 140 160 cm Holzlänge. 4- 1,50 5- 5,75 Mk. für 1 Paar. Max Walther, Dresden 22, Hyrtzstraße 31.

Hobelbänke, wenig gebraucht, abzugeben. Offerten unter J. K. 437 an die Expedition der Holzarb.-Ztg.

Sämtl. Holzbildhauer-Arbeiten übernimmt GASTAV BOHN, Neuruppin, Präsidentenstraße 27.

Wasserkraft 20-25 PS, m. ca. 5000 qm Wiese in Westfalen, 4 km v. Bahnstation, gr. Waldungen s. d. m. verkauft w. Anr. Rückporto. Heinz Weber, Leunawerke-Mercedb.

Tischlerfachschule Jmenau i. Thür. Ausbildung schnell und gründlich! Auskunft erteilt gern die Direktion.

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppenauerstr. 31.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table with columns: Ort, Bauhilflicher, Möbeltischler, Malchiner-arbeiter, Holzer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows list various locations like Berlin, Bremen, Breslau, etc.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD. Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen...

Almanach 1919 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Kein Kollege verläumde den...